

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 11 (1919)

Heft: 8

Artikel: Ein lehrreicher Bericht

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351029>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliche Rundschau

für die Schweiz

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 3 Fr.
Für das Ausland Portozuschlag
Postabonnement 20 Cts. mehr

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 8, Bern
Telephon 3168 Postscheckkonto N° III 1366
Erscheint monatlich

Druck und Administration: Unionsdruckerei Bern
Kapellenstrasse 6

INHALT:

	Seite		Seite
1. Ein lehrreicher Bericht	63	4. Aus schweizerischen Verbänden	67
2. Von den deutschen Gewerkschaften	64	5. Ausland	70
3. Revision des schweiz. Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes	66	6. Literatur	70

Ein lehrreicher Bericht.

Die gewaltigen Aenderungen, die gegenwärtig im Wirtschaftsleben aller Staaten vor sich gehen, haben bekanntlich bisher zu den sichtbarsten Umwälzungen in Russland und in Ungarn geführt. In beiden Staaten wurde die rein kapitalistische Herrschaft durch die kommunistische ersetzt, und wenn auch die bisherige Andauer dieser Ersetzung noch immer keine Gewähr für die endgültige Einführung dieser Herrschaft bedeutet, so kann immerhin doch daraus bis zu einem gewissen Grade auf den unleugbar berechtigten Kern der kommunistischen Wirtschaftsordnung geschlossen werden. Schliesslich bestehen auch darüber, dass das kapitalistische System zum endgültigen Fall reif ist, unter den sozialistischen Arbeitern keine Meinungsverschiedenheiten. Soweit solche wahrnehmbar sind, so nur darüber, inwieweit heute bereits die Vorbedingungen für die mehr oder minder restlose Durchführung des Kollektivismus gegeben sind.

Als ein sehr instruktiver Beitrag zur Klarstellung dieser Streitfrage darf ein Bericht gelten, den der ungarische Volksbeauftragte Eugen Varga dem kürzlich in Budapest stattgefundenen Landeskongress der ungarländischen Arbeiterräte hielt. Er führte unter anderem folgendes aus:

«... Als wir im Lande 20,000 bis 30,000 Kapitalisten, die bisher die Produktion organisiert hatten, ausgeschaltet haben, mussten wir eine Bürokratie schaffen. Wir mussten Organe einstellen, die den Arbeitskreis der ausgeschalteten Kapitalisten schlecht oder recht versehen sollen. Sonst wäre die Produktion zugrunde gegangen. Nun will ich gern anerkennen, dass diese neue Bürokratie durchaus nicht das ideale Organ ist, das wir wünschten. Es sind, ich will es anerkennen, sehr viele nicht dorthin gehörige Leute dort, sehr viele gar zu junge, unwissende, politisch nicht reife Leute, eine ganze Menge geschickter Falotten, die von heute auf morgen ihre politische Ueberzeugung gewechselt haben wie andere das Hemd. Diese Elemente müssen wir als Läuse und Blutegel der Revolution von dort entfernen. Diese Arbeit ist im Zuge, und wenn Sie die Dinge beobachten, werden Sie sehen können, dass es uns gelingt, für die leitenden Posten der neuen Bürokratie die alten bewährten Führer der Gewerkschaften immer mehr heranzuziehen. (Rufe: Man hätte es früher tun sollen! Fachkenntnisse sollen hier massgebend sein!) Wenn ich von einer neuen Bürokratie spreche, so verstehe ich darunter nicht bloss diejenige, die sich aus Privatbeamten, Studenten und andern intellektuellen Elementen gebildet hat, sondern auch die

neue Bürokratie, die aus der Arbeiterschaft entstanden ist. Ich bin davon überzeugt, dass die proletarischen Elemente zur Verwaltung des Proletarierstaates herangezogen werden müssen; sonst kann der Proletarierstaat nicht bestehen. Ich behaupte aber auch, dass unter den Arbeitern eine Tendenz existiert, die aus Proletariern gebildete Bürokratie besonders zu vergrössern, und ich muss offen gestehen, dass Missbräuche unter den zu-Beamten gewordenen Arbeitern ebenso häufig vorkommen wie unter der aus Intellektuellen gebildeten Bürokratie... Es folgt der traurigste Teil meines Berichts, die Prüfung der entscheidenden Frage, was das Ergebnis der neugeschaffenen Organisationen der Betriebe und der Landesorganisationen in der Produktion selbst ist. Wir müssen nämlich damit im reinen sein, dass auch der Proletarierstaat nicht mehr Güter zu bieten vermag als die Arbeitenden produzieren. Nun, wenn ich das Ergebnis untersuche, so ist es das denkbar schlechteste. Die Arbeitsleistung ist im grossen und ganzen sehr vermindert. In der Landwirtschaft hat sie etwas weniger abgenommen, in vielen Zweigen der Industrie viel stärker. In den Kohlenbergwerken zum Beispiel ist das Ergebnis gegenüber dem in der Aera Karolyi um 10 bis 38 Prozent vermindert. Nicht die Betriebsproduktion meine ich, sondern die individuelle Arbeitsleistung. Gegenüber dem Frieden beträgt die Verminderung 50 Prozent. Was die Industrie betrifft, beträgt die Abnahme in der Langschen Maschinenfabrik 30 Prozent, in der Liftfabrik in Matyasföld 75 Prozent, in der Röckschen Fabrik 25 Prozent, in der Wörnerschen Fabrik 50 Prozent, und so weiter auf der ganzen Linie. Etwas geringer ist die Abnahme in Betrieben, in denen sich die Arbeit der Arbeiter auf die Bedienung der Maschinen beschränkt, zum Beispiel in den chemischen Fabriken, in der Maschinenindustrie usw... Wenn wir nun die Ursache dieser Abnahme untersuchen — ich betone, es handelt sich nicht um den Kohlen- oder Rohstoffmangel, sondern um die Abnahme infolge der individuellen Arbeitsleistung —, so liegt der erste Grund in dem Aufhören der kapitalistischen Arbeitsdisziplin. Die alte Arbeitsdisziplin wurde abgeschafft, eine neue hat sich aber noch nicht herausgebildet. Ein zweiter Grund ist der Bruch mit dem System der Akkordlöhne und der Uebergang auf Zeitlöhne, wodurch sich die Arbeitsleistung gerade der besten Arbeiter vermindert. Wenn ein Arbeiter bemerkt, dass sein Nachbar nur vier Stück fertigbringt, er aber acht Stück, so denkt er sich etwa: Warum soll ich soviel arbeiten, wenn ich nicht mehr Lohn bekomme? Auf die Höhe des sozialistischen Selbstbewusstseins, das in der folgenden Generation bereits vorhanden sein wird,

schwingsen sich die Leute heute noch nicht empor. Es fehlt noch die Erkenntnis, dass, weil die Konstitution und die Geschicklichkeit bei verschiedenen Menschen verschieden ist, jeder soviel arbeiten muss, als er zu arbeiten vermag, selbst wenn er an der Gesamtproduktion nur gleichmässigen Anteil erhält. Das wäre der wahre Kommunismus, die wahre Brüderlichkeit. Heute aber stehen die Arbeiter noch auf dem alten Standpunkt. Wenn sie mehr arbeiten, wollen sie mehr Lohn. Bekommen sie ihn nicht, so wollen sie nicht mehr arbeiten. Darum wollen wir, solange sich die Arbeiter nicht auf den kommunistischen Standpunkt erheben, zum Akkordlohn zurückkehren. Dem Arbeiter muss energisch gesagt werden, dass ohne stramme Arbeit an die Befriedigung seiner Bedürfnisse nicht zu denken ist. Das Bestreben der Gewerkschaften, den Arbeitern der eigenen Branche hohe Löhne bei möglichst geringer Arbeitsleistung zu verschaffen, ist nur in der kapitalistischen Produktion berechtigt gewesen; in der kommunistischen ist dies jedoch unstatthaft...»

Es soll nicht unsere Absicht sein, gegen jene Ausführungen Vargas, die uns nicht als zutreffend erscheinen — so zum Beispiel gegen seine durchaus unrichtige Behauptung, es sei das Bestreben der Gewerkschaften, «den Arbeitern der eigenen Branche hohe Löhne bei möglichst geringer Arbeitsleistung zu verschaffen» —, zu polemisieren. Worauf wir wir nur hinweisen wollen, ist die auch aus diesem Bericht klar erkennbare Tatsache, dass es bei Umgestaltungen der wirtschaftlichen Verhältnisse weit mehr wie bei politischen Umwälzungen nicht so sehr auf den Willen der die Notwendigkeit dieser Umwälzungen Erkennenden ankommt, um so mehr aber auf das Vorhandensein aller jener Voraussetzungen, die diese Umwälzung dauernd und erfolgreich zu gestalten geeignet sind. Alles das, was den vorstehenden Bericht nicht nur geradezu als eine Diskreditierung der kommunistischen Idee erscheinen lässt, sondern auch die Verwaltungsfähigkeiten und das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiterklasse in Misskredit bringt, ist unseres Erachtens lediglich darauf zurückzuführen, dass in Ungarn, weniger vielleicht noch als in einem andern Staat, alle jene Vorbedingungen für die Alleinherrschaft des Proletariats gegeben waren, die hierzu unbedingt nötig sind. Die Klagen über die «Läuse und Blutegel der Revolution» auf der einen Seite, auf der andern über den Mangel an sozialistischem Selbstbewusstsein bei den Proletariern sind sicherlich nicht unberechtigt, schon darum nicht, weil sie jedem Sozialisten als ein ganz natürliches, aus der kapitalistischen Wirtschaft heraus erstehendes Ergebnis erscheinen müssen.

(«Die Gewerkschaft».)



Von den deutschen Gewerkschaften.

In der türmereichen Stadt Nürnberg traten am 30. Juni die Vertreter der deutschen Gewerkschaftsverbände zu ihrem 10. Kongress zusammen. Trotz den gewaltigen Umwälzungen der letzten Jahre war es seit 1914 das erstmal, dass die Gewerkschaften zur Neuorientierung Stellung nehmen konnten. Man wird es daher verstehen, dass eine ausserordentlich reichhaltige Traktandenliste zu bewältigen war, deren Erledigung von der Beobachtung einer gewissen Selbstbeschränkung der Delegierten abhing.

Nach der Bereinigung der geschäftlichen Angelegenheiten, wie Bureauwahl, Festsetzung der Geschäftsordnung und Wahl der Mandatprüfungskommission, gab es zunächst eine Reihe von Begrüßungsansprachen der Gäste. Von ausländischen Gewerkschaften waren dies-

mal nur Oesterreich, die Schweiz und Norwegen vertreten.

Mit Spannung sah man dem Geschäftsbericht der Generalkommission entgegen, der von Legien erstattet wurde, wusste man doch, dass hierbei die Geister aufeinanderplatzen würden. Der Redner der Generalkommission verwies auf den gedruckt vorliegenden Bericht und beschränkte sich in seinen Ausführungen auf die Besprechung der Angriffe, die gegen die Generalkommission gerichtet wurden. Er konstatierte, dass die Beschlüsse der Generalkommission stets danach orientiert gewesen seien, ob sie den Arbeitern nützen oder nicht. Mancher von denen, die heute in der Opposition stünden, sei noch vor kurzer Zeit ein gewaltiger Kriegstreiber gewesen. In der ersten Kriegszeit sei die ganze Arbeiterschaft in der Frage der Landesverteidigung einig gewesen. Mit dem Parteistreit habe sich die Generalkommission erst befasst, als er von aussen in die Gewerkschaften hineingetragen worden sei. Legien kritisierte scharf die Massregelung alter Gewerkschaftsbeamter, deren Amtsführung unangreifbar war, die sich aber weigerten, ein politisches Glaubensbekenntnis abzulegen. Er sagt: «Wir müssen uns schämen, dass es Arbeiter gibt, die andere Arbeiter massregeln», und findet damit stürmische Zustimmung. Es sei das tragische Geschick der deutschen Sozialdemokratie, dass sie in dem Moment, als ihr die politische Macht zufiel, diese nicht ausnützen konnte, weil sie zerrissen war. Gegen Sonderbestrebungen in den Gewerkschaften müsse man mit aller Schärfe vorgehen. Legien wendet sich auch mit Entschiedenheit gegen den Noskesehen Streikerlass im Berliner Eisenbahnerstreik.

Dissmann, Parteisekretär in Frankfurt, Delegierter der Metallarbeiter, hat zum Bericht das Korreferat. Er spricht mit grosser Leidenschaft. «Wenn wir die Tätigkeit der Generalkommission kritisieren», meint er, «dann ist es der Geist, der in der Generalkommission herrscht, den wir bekämpfen müssen.» Die Generalkommission habe ihrer Politik den Stempel des Parteistandpunktes aufgedrückt. Nun wolle man sich allerdings durch die Lösung der Beziehungen zur Partei wieder auf einen gewissen neutralen Standpunkt zurückziehen. Als Beleg für die falsche Haltung der Generalkommission zitiert der Redner eine Reihe von Artikeln aus dem «Korrespondenzblatt». Die Politik der Generalkommission sei mit schuld an dem Elend, unter dem das deutsche Volk leide. Wir verlangen nach dem Kriege eine andere Politik der Generalkommission, die Politik, die von dem Gedanken getragen ist, dass die Gewerkschaften ein revolutionäres Instrument des Proletariats sind. Der Schluss der Rede, der starken Eindruck machte, war ein Bekenntnis für die Geschlossenheit der Bewegung: «Wir bleiben in den Gewerkschaften. Wir werden es in den Gewerkschaften dahin bringen, dass an Stelle des bürokratischen, verknöcherten Geistes der alte revolutionäre Geist kommt.»

Nach den Reden setzte eine grosse Debatte ein. Zu Dutzenden bestürmen die Redner das Präsidium. Etwa die Hälfte kam zum Wort. Man hatte meist den Eindruck, eher auf einem Parteitag als auf einem Gewerkschaftskongress zu sein. Die Wogen der Leidenschaft gingen mitunter hoch, doch ruhig und sachlich waltete das Präsidium (Leipart, Holzarbeiter, Reichel, Metallarbeiter, und Legien) seines Amtes. Bei der Formulierung einer Resolution gegen den Noskesehen Streikerlass kam es zu hitzigen Auseinandersetzungen, rein redaktioneller Meinungsverschiedenheiten wegen. Zum Schluss lag eine Reihe von Resolutionen für und gegen die Generalkommission vor. Ueber die Vertrauensresolution fand Abstimmung unter Namensaufruf statt. Das Vertrauensvotum für die Generalkommission wurde mit 445 gegen 179 Stimmen ange-